

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1912

14.02.1912 - Sitzung Nr.5

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, Februar 1912.

## No. 5.

## Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 14. Februar 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Castendyl, Richter.	Garbrecht, F.
Davin, F.	Hartwig, C. G.
Fohne, H.	Heidrich, E.
Francke, Friß.	Henke, A.
Freeße, Jac. Carl Heimr.	Hormann, H.

Hütterott, C.	Rebelthau, Aug. G.
Kalms, A.	v. Uebel, F.
Kirbiß, Diedr.	Binnen, F. A.
Koch, Stadtdirektor.	Waltemath, G.

Unentschuldigt fehlte Herr Ad. Plath.

## Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
<b>A. Vertrauliche Sitzung.</b>		<b>B. Öffentliche Sitzung.</b>	
I. Mitteilung des Senats vom 23. Januar 1912:		VII. Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1912:	
1. Ueberlassung eines Grundstücks am Osterdeich an die Kaiserbrauerei in Erbpacht . . . . .	90	1. Vorsteherstelle für die Martinischule . . . . .	92
2. Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 Holzhausen — Weserläuf . . . . .	89	2. Regulierung des Ansgarfirchhofs . . . . .	92
II. Wahl einer Kommission zur Prüfung des zweiten Berichts der Deputation wegen der Straßenbahn . . . . .	88	3. Ueberschreitung des Titels „Insgemein“ bei den Fonds: 1. Neubau einer zweiten Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen; 2. Hauptfeuerwache, zweiter Bauabschnitt, Wohnung des Brandinspektors . . . . .	92
III. Ergänzung:		4. Aenderung der Gebührenordnung für die Verkehrsanstalten und Ladeeinrichtungen am Weserbahnhof . . . . .	92
a) der Kommission wegen des Bürgerchaftssaales . . . . .	89	5. Ständige Offenhaltung der Tore III und IV am Hafen I des Hollausschlußgebiets . . . . .	92
b) der Kommission wegen der Schornsteinfegerordnung . . . . .	89	6. Antrag, betreffend die Ermäßigung des Gaspreises für Gasmotore . . . . .	92
c) der Kommission wegen Neubauten für die Straßenreinigung . . . . .	89	VIII. Antrag, betreffend Fahrverbindung zwischen der Weserwerft und Rabltinghausen-Lankenau . . . . .	95
d) der Kommission wegen des Schutzes von Baubauwerkmalern . . . . .	90	IX. Antrag, betreffend Straßenbahn Bachmannstraße — Schwachhauser-Ring bis Park-Allee . . . . .	95
IV. Antrag auf Entlassung aus:		X. Mitteilung des Senats vom 6. Februar 1912:	
a) der Deputation wegen der Hilfskräfte des Senats . . . . .	97	1. Wahl eines Mitgliedes des Landgerichts . . . . .	97
b) der Deputation wegen einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und eventuell Ergänzungswahlen durch Klasse 4 . . . . .	97	2. Neue Straßenlinie für die Klosterstraße und einen Teil der Balgebrückstraße sowie Anlauf des Grundstücks Klosterstraße Nr. 17 . . . . .	97
V. Ergänzung:		XI. Mitteilung des Senats vom 31. Januar 1912: Budget für das Rechnungsjahr 1912. Dazu Mitteilung vom 1. Februar 1912: Budgetbericht der Polizeidirektion zu der Einnahme-Position 38/39 und der Ausgabe-Position 120/121 (Krankenversicherung, Invalidenversicherung und Versicherungsbehörden auf Grund der Reichsversicherungsordnung. (N. z. Verh. gef.) . . . . .	
a) der Baudeputation . . . . .	97		
b) der Deputation für die Stadterweiterung . . . . .	97		
c) der Deputation wegen des Neubaus des Stadthauses . . . . .	98		
d) der Deputation wegen Bauten an Koppelwegen . . . . .	98		
e) der Deputation wegen Umlegung von Grundstücken . . . . .	98		
f) der Deputation wegen der Bremer Straßenbahn . . . . .	98		
VI. Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1912:		XII. Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1912: Aufhebung der Vorsteherwohnung in der Schule an der Nordstraße. (N. z. Verh. gef.) . . . . .	
2. Handelsschule der Union . . . . .	91		
3. Nachbewilligung für die Zollverwaltung . . . . .	91		
4. Nachbewilligung auf den Fonds Projektbearbeitung . . . . .	91		

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Es findet zunächst eine vertrauliche Sitzung statt.

Beginn der öffentlichen Beratung 6 Uhr 27 Minuten.

Präsident: Meine sehr geehrten Herren! Am vorigen Freitag hat die Bürgerschaft durch den Tod des Herrn Rutenberg, den wir noch in der letzten Sitzung in voller Gesundheit hier gesehen haben, unerwartet einen schweren Verlust erlitten.

Wir verlieren in ihm einen liebenswürdigen, allgemein geachteten und wohl uns allen sympathischen Kollegen, zugleich einen fleißigen und gewissenhaften Mitarbeiter, den wir als solchen sehr schätzen gelernt haben.

Herr Rutenberg, der seit Anfang 1900, also 12 Jahre, der Bürgerschaft angehörte, hat mit großer Regelmäßigkeit an den Plenarsitzungen der Bürgerschaft sich beteiligt und nicht selten in ihnen das Wort genommen, und er hat, wie die heutige Tagesordnung mit den vielen Ergänzungswahlen uns deutlich vor Augen führt, obwohl er mitten im Berufsleben stand, seine Arbeitskraft in erheblichem Maße der wichtigen und zeitraubenden Tätigkeit in Kommissionen und Deputationen gewidmet. Wir wollen das Andenken dieses trefflichen, uns leider viel zu früh entrienen Kollegen dauernd in Ehren halten.

Ich stelle fest, daß Sie sich zum Zeichen dessen von den Sitzen erhoben haben.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 13. Februar: 1. Neupflasterung der Hastvedter-Chaussee zwischen den Unterführungen unter der Osnabrücker Bahn und unter der Hannoverschen Bahn. 2. Neupflasterung der Graf-Moltkestraße zwischen Bismarckstraße und Uhlandstraße.

Zu Senatskommissaren sind ernannt für die Verhandlungen der Bürgerschaft:

wegen Deckung der Kosten der Kanalisation ferner Herr Senator Spitta,

betreffend Neue Krankenanstalt in Gramble, an Stelle von Herrn Bürgermeister Stadtländer Herr Senator Lürman,

wegen Revision der Schornsteinsiegerordnung ferner Herr Senator Spitta,

betreffend Vereinbarung mit dem Fischeramte, an Stelle von Herrn Senator Buff Herr Senator Spitta,

betreffend Verfahren bei Erteilung von Wirtschaftskonzessionen, ferner Herr Senator Dr. Buff, über den Antrag auf Revision der Begeordnung, an Stelle von Herrn Senator Buff Herr Senator Spitta,

betreffend Aenderung des § 71 der Bauordnung, an Stelle von Herrn Senator Buff Herr Senator Spitta,

betreffend Neubau eines Polizeibureaus für den V. Distrikt, an Stelle von Herrn Senator Lürman Herr Senator Buff.

über die Mitteilung, betreffend das Budget für Rechnungsjahr 1912, Herr Senator Donandt.

Die Inspektion des St. Rembertistifts teilt mit, daß Herr C. Schröder bäte, ihn mit Rücksicht auf geschäftliche Ueberlastung und eine demnächstige mehrmonatige Auslandsreise aus der Administration des St. Rembertistifts zu entlassen. Die Inspektion schlägt vor, für Herrn Schröder Herrn Carl Ed. Meyer jr., Teilhaber der Firma Carl F. Plump & Co., zu wählen. — Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Bürgerschaft damit einverstanden ist.

Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig hat uns die auf seinem Kölner Verbandstage am 5. und 6. August v. J. gefaßten Entschlüsse zur Sozialreform im Handelsgewerbe zur gefälligen Kenntnisaahme übermittelt. Sie liegen auf der Kanzlei zur Einsicht aus.

Dann sind zwei Eingaben eingegangen: 1. eine Eingabe der Katasterarbeiter wegen Vergütung von  $\frac{3}{4}$  des Lohnes für die in die Woche fallenden Feiertage, 2. eine Eingabe, betreffend die Errichtung einer Unterkunftsstelle für junge Leute. Beide Eingaben liegen in der Kanzlei aus.

Herr Henke hat gebeten, ihn für die Dauer der Reichstagsverhandlungen zu beurlauben und gleichzeitig, ihn aus den Deputationen wegen der Hilfskräfte des Senats und wegen einer besseren Beschaffung von Lebensmitteln zu entlassen. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß die Bürgerschaft damit einverstanden ist.

Der Urlaub von Herrn Hormann läuft morgen ab, und Herr Hormann wird morgen sein Amt als Archivar wieder antreten. Der Archivar ist ständig Mitglied der Budgetkommission gewesen, hat das Protokoll der Budgetkommission geführt und den umfangreichen Bericht der Budgetkommission angefertigt. Als Herr Hormann seinerzeit beurlaubt wurde, wurde der stellvertretende Archivar in die Budgetkommission entsandt. Herr Schierenbeck bittet jetzt, da Herr Hormann wieder das Amt des Archivars übernimmt, ihn aus der Budgetkommission zu entlassen. Ich nehme an, daß die Bürgerschaft damit einverstanden ist und auch damit, daß Herr Hormann seine Tätigkeit in der Budgetkommission wieder aufnimmt. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen — und glaube damit Ihre Zustimmung zu finden — Herrn Schierenbeck für seine Tätigkeit als stellvertretender Archivar den aufrichtigen Dank der Bürgerschaft auszusprechen. (Beifall.)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand müssen wir zurückstellen, da der Herr Senatskommissar erst für später geladen ist.

Nr. I der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 23. Januar 1912:

#### 2. Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 Holzhausen—Weserlust.

Herr Junge: Herr Präsident! Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß die Straßenbahn mit der Vorlage einem Wunsche vieler nachgekommen ist, und ich freue mich, daß sie das auch mal tut. Aber ich meine, man hätte noch ein weiteres tun können und die Bahn nicht nur bis zum Botanischen Garten, sondern bis zum Schellengut verlängern sollen. Das wäre jedenfalls praktisch gewesen, einmal wegen des Verkehrs zum Elektrizitätswerk und zweitens für die Arbeiter in den großen Betrieben dort, die würden die Verlängerung sehr angenehm empfinden. Und noch einen Wunsch möchte ich aussprechen. Wir wissen ja, daß die Bahn in vielen Fällen nicht so mildtätig ist. Ich will nur darauf zurückgreifen, daß wir uns jahrelang bemüht haben, die Strecke nach der Werft hin fertig zu bringen, wo sie des großen Verkehrs wegen eine große Notwendigkeit wäre. Das ist bisher nicht erfolgt, und das ist unbegreiflich, da dafür ein großes Bedürfnis besteht. Ebenso für das Buntentor die Linie 5, die nur bis zum Arsterdamm führt. Wie schön könnte die Linie bis Rattenturm geführt werden! Sie wissen, daß da der Verkehr ein äußerst starker ist. Mit der sogenannten Gleislosen ist es auch nicht so, wie es sein sollte. Ich möchte die Herren der Deputation darauf aufmerksam machen und sie bitten, die Sache mal bei der Straßenbahn vorzubringen, ob nicht diese längst gewünschten Pläne zur Ausführung gebracht werden könnten. — Den Antrag der Deputation bitte ich anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

#### Wahl einer Kommission zur Prüfung des zweiten Berichts der Deputation wegen der Straßenbahn.

Es werden folgende Herren vorgeschlagen:

von Herrn Garde: 1. Kunoth, 2. Stiegnath, 3. Brauns, 4. Garves, 5. Schröder;  
von Herrn Krug: 6. Dunkel, 7. Professor Fricke, 8. Lauts, 9. Dr. Scherer.

Herr Blome verzichtet.

Die Vorschläge werden genügend unterstützt.

Präsident: Neun Herren sind zu wählen, neun sind vorgeschlagen. Ich nehme an, daß die Bürgerschaft die neun Herren per Akklamation wählen will. Ich höre keinen Widerspruch.

Nr. III der Tagesordnung:

#### Ergänzung:

a) der Kommission wegen des Bürgerschaftssaales.

Von Herrn Garde wird Herr van der Emde vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Anderer Vorschläge erfolgen nicht.

Präsident: Ich nehme an, daß die Bürgerschaft Herrn van der Emde durch Akklamation wählen will. Ich höre keinen Widerspruch.

b) der Kommission wegen der Schornsteinfegerordnung.

Es werden folgende Herren vorgeschlagen:

von Herrn Blome: 1. Waigand,

von Herrn Garde: 2. Basselmann.

Die Vorschläge werden genügend unterstützt.

Präsident: Ich bitte die Stimmzettel zu verteilen.

Herr Garde: Ich habe mich geirrt. Ich wollte nicht Herrn Basselmann, sondern Herrn Sager vorschlagen.

Präsident: Herr Garde erklärt, er habe sich geirrt, er hätte nicht Herrn Basselmann, sondern Herrn Sager vorschlagen wollen. Ist die Bürgerschaft damit einverstanden, daß der Wahlaussatz dementsprechend abgeändert wird? Ich höre keinen Widerspruch. Der Wahlaussatz ist also: 1. Waigand, 2. Sager.

An Stimmen erhalten: 1: 24, 2: 67, ein Zettel ist ungültig.

Gewählt Herr Sager.

c) der Kommission wegen Neubauten für die Straßenreinigung.

Es werden folgende Herren vorgeschlagen:

von Herrn Imwolde: 1. Blome,

von Herrn Garde: 2. Basselmann.

Die Vorschläge werden genügend unterstützt.

An Stimmen erhalten: 1: 25, 2: 71.

Gewählt Herr Basselmann.

d) der Kommission wegen des Schutzes von  
Baudenkmalern.

Es werden folgende Herren vorgeschlagen:

von Herrn Dr. Böhmert: 1. Karrenberg,  
von Herrn Garde: 2. Bruns,  
von Herrn Blome: 3. Holzmeier.

Die Vorschläge werden genügend unterstützt.

An Stimmen erhalten: 1: 22, 2: 66, 3: 15.

Gewählt Herr Bruns.

Nr. 1 der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 23. Januar 1912:

#### 1. Ueberlassung eines Grundstückes am Osterdeich an die Kaiserbrauerei in Erbpacht.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Stadtländer.

Herr Richter Hobelmann für die Juristische Kommission: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern; sie weist nur darauf hin, daß im § 8 des Vertrages gesagt worden ist, daß das Vorkaufsrecht binnen zwei Wochen nach dem Empfang der Mitteilung ausgeübt werden muß. Die Zeit von zwei Wochen erscheint der Juristischen Kommission als reichlich kurz bemessen; sie ist der Ansicht, daß die Frist länger zu bemessen sei. Von der Stellung eines Antrages will die Juristische Kommission absehen, da von anderer Seite ein dahingehender Antrag gestellt werden wird und die Bestimmung der Länge der Erklärungsfrist zu den materiellen Teilen des Vertrages gehört.

Herr Bürgermeister Stadtländer: Persönlich habe ich kein Bedenken, daß die Kaiserbrauerei sich auf diese Aenderung einlassen wird.

Herr Ed. Achelis: Ich verzichte. Nachdem Herr Senatskommissar diese Erklärung abgegeben hat, ist die Deputation einverstanden.

Präsident: Ein bestimmter Antrag liegt aber noch nicht vor.

Herr Lauts: Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe den Vertrag, der hier abgeschlossen ist, verglichen mit dem Erbbaupachtvertrag, der mit dem Norddeutschen Lloyd abgeschlossen worden ist; und da fällt mir auf, daß in dem Vertrage mit der Kaiserbrauerei das Vorkaufsrecht binnen zwei Wochen ausgeübt werden muß, während in dem anderen Vertrage mit dem Lloyd die Zeit auf zwei Monate festgesetzt worden ist. Es würde sich daher empfehlen, auch hier diese längere Frist zu nehmen.

Ferner befindet sich in dem Vertrage mit dem Norddeutschen Lloyd die Klausel, daß der Staat jederzeit das Recht behält, den Erbbaupachtvertrag gegen vollständige Entschädigung nach den Grundsätzen des Enteignungsgesetzes wieder aufzuheben. Es handelt sich darum, eine derartige Klausel auch in diesen Vertrag aufzunehmen. Wir müssen in der langen Zeit, über welche sich der Vertrag mit der Kaiserbrauerei erstreckt, eine Chance haben, wenn die Umstände es notwendig machen sollten, den Vertrag wieder aufzuheben, und ich möchte deshalb bitten, diese Klausel auch in diesen Vertrag aufzunehmen.

Mein Antrag würde also lauten,  
in § 8, Zeile 4, Satz 3 statt zwei Wochen zu  
sagen „zwei Monate“,  
und im Absatz 2 folgende Bestimmung anzufügen:

„Der Staat hat das Recht, das Erbbaupacht  
jederzeit gegen vollständige Entschädigung nach  
den Grundsätzen des Enteignungsrechtes wieder  
aufzuheben.“

Der Antrag des Herrn Lauts wird genügend  
unterstützt.

Herr Stöben: Wir sind mit dem Vertrage im  
großen und ganzen einverstanden. Wir finden aber  
in der Vorlage nach unserer Ansicht einige Widersprüche  
heraus, und diese beziehen sich auf die Erteilung der  
Konzession für den Wirtschaftsbetrieb, den die Kaiser-  
brauerei dort errichten will. Die Kaiserbrauerei will  
dort das Areal erwerben mit dem ausgesprochenen  
Zwecke, einen Wirtschaftsbetrieb zu errichten, und man  
kann deshalb nicht in dem Vertrage sagen, der Staat  
übernimmt keine Garantie wegen Erteilung der Kon-  
zession, sondern in dem Augenblicke, wo die Kaiser-  
brauerei das Grundstück erwirbt, muß ihr auch die  
Konzession erteilt werden. Ich weiß nicht, wie das  
anders ausgelegt werden könnte. Es möchte sein, daß  
in bezug auf das Ratskafé diese Sache anders ab-  
geschlossen worden ist. Da soll ja bekanntlich anders  
verfahren sein. Praktisch hat der § 13 keinen Sinn!  
Nur vielleicht dadurch, daß man andere Leute dadurch  
beruhigt, denn in dem Augenblicke, wo der Kaiser-  
brauerei das Grundstück verkauft wird, muß ihr auch  
die Konzession gegeben werden.

Dann ist früher gesagt worden, daß durch die  
Erhöhung des Geländes bei der Wehranlage ein wert-  
volles Land dort geschaffen wird. Nachdem, was in  
dieser Vorlage berichtet wird, kann man absolut nicht  
sagen, daß nach den Preisen, die hier bezahlt werden  
sollen, es sich um ein wertvolles Land handelt. Wenn  
von der Bürgerschaft etwas gekauft wird, dann werden  
andere Preise bezahlt als hier in Frage kommen. Die  
Behörden sollten in ihren Begründungen etwas vor-  
sichtiger sein. Es wird gesagt, daß wir hier gutes  
Land geschaffen haben, und nachher müssen wir es  
billig abgeben. Ich möchte diesen Widerspruch hervor-  
heben.

Herr Lampe: In bezug auf den § 13 kann ich erklären, daß im Stadtausschuß die Bedürfnisfrage bereits bejaht ist und die Konzession bereits an Herrn J. Sippel erteilt worden ist.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Stadtländer: Was den Antrag des Herrn Lauts betrifft, so möchte ich anheimgen. Ich halte es zwar für selbstverständlich, daß der Staat jedes Recht, also auch das Erbbaurecht enteignen kann gegen Entschädigung. Wenn aber dieser Passus in einem früheren Vertrage schon aufgenommen ist, dann möchte ich empfehlen, das auch hier zu sagen. Persönlich möchte ich bemerken, daß ich nicht der Verfasser des Vertrages bin. Er war bereits abgeschlossen, bevor ich den Vorsitz in der Deputation übernahm. Ich habe nur meine Unterschrift zu dem Vertrage gegeben.

Was die Bemerkung des Herrn von jener Seite betrifft, so ist dieselbe unzutreffend. Der § 13 mußte in diesen Vertrag mit hinein, damit die Kaiserbrauerei Bescheid weiß, daß sie mit diesem Vertrage noch nicht die Konzession hat, die die Polizeidirektion in Verbindung mit dem Stadtausschuß und eventuell die Rekursbehörde zu erteilen hat. Senat und Bürgerschaft haben mit dieser Sache nichts zu tun, weil durch das von ihnen erlassene Gesetz jene Behörden allein die Sache zu regeln haben. Ich habe aber angenommen, daß die Kaiserbrauerei sich schon gesichert hat, und nachdem Herr Lampe gesagt hat, daß die Konzession bereits erteilt sei, ist die Sache damit erledigt.

Herr Stögen: Wir hätten diese Anfrage nicht gestellt, wenn die Bemerkung schon in der Vorlage enthalten gewesen wäre, daß der Stadtausschuß sich bereits mit der Sache beschäftigt hat, und daß die Konzession auch schon der Kaiserbrauerei erteilt worden ist. Man sagt sich doch, daß mit dem Augenblicke, wo die Kaiserbrauerei das Areal erwirbt, ihr damit auch die Konzession erteilt werden muß, denn sonst wäre das Areal für die Kaiserbrauerei wertlos. Daß die Behörden in dieser Weise getrennt handeln, mag richtig sein, aber die Kaiserbrauerei hat dieses Grundstück zu dem ausgesprochenen Zwecke gekauft, dort einen Wirtschaftsbetrieb zu eröffnen. Danach müßte die Konzessionsfrage erst gelöst sein und dann der Verkauf vor sich gehen.

Herr Lampe: Der § 13 hat gewissermaßen doch einen Zweck. Es wäre möglich, daß mit der Zeit der Wirtschaftsbetrieb nicht aufrecht zu erhalten ist. Dann wird durch den § 13 gesagt, daß wir nicht verpflichtet sind, daß der Ausschuß frei handeln kann und sich nicht beeinträchtigt hält. Ich will hoffen, daß die Leute dort ihr Auskommen finden, aber sollte sich herausstellen, daß in einigen Jahren ein anderer Wirt hinein muß, dann ist nicht ausgeschlossen, daß der

Stadtausschuß vielleicht die Frage auf Grund der gemachten Erfahrungen ablehnt; und dafür ist der § 13 da.

Die Generaldebatte ist geschlossen.

Präsident: Ich darf annehmen, daß eine Spezialdebatte nicht gewünscht wird. (Zustimmung.)

Der Antrag 1 von Herrn Lauts wird angenommen.

Der Antrag 2 von Herrn Lauts wird angenommen.

Der so amendierte § 8 wird angenommen.

Der gesamte Vertrag wird genehmigt.

Präsident: Ich möchte vorschlagen, die Ergänzungswahlen unter IV und V am Schlusse der Sitzung vorzunehmen, da an diesen Wahlen nur die Klasse IV beteiligt ist. Wenn ich keinen Widerspruch höre, wollen wir so verfahren.

Nr. VI der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1912:**

**2. Handelsschule der Union.**

Der Antrag wird angenommen.

**3. Nachbewilligung für die Zollverwaltung.**

Der Antrag wird angenommen.

**4. Nachbewilligung auf den Fonds  
Projektbearbeitung.**

Der Antrag wird angenommen.

**5. Telephonanlage für die  
drei Tiefbauinspektionen im Bureau an der Tiefer.**

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Telephonanlage wird kein Zweifel bestehen. Es wird sich nur darum handeln, ob wir das Leih- oder Kaufsystem anwenden, und ich möchte bitten, daß die Bürgerschaft die Sache dem Hochbau überweist, mit der Bitte, das Weitere zu veranlassen.

Präsident: Wollen Sie einen bestimmten Antrag stellen?

Herr Böttcher: Ja, daß die Bürgerschaft die Anlage genehmigt und sie dem Hochbau überweist. Beim Stadthause und beim Lloyd ist auch das Kaufsystem angewendet, und das hat sich billiger gestellt. Der Hochbau wird entscheiden können, ob für uns das Leihverfahren oder das Kaufverfahren billiger ist.

Präsident: Eventuell müssen wir aber mehr nachbewilligen.

Herr Böttcher: Ja, vielleicht.

Präsident: Dann scheint es mir richtiger zu sein, wir setzen die Sache heute aus.

Herr Blanke: Ich glaube auch, daß das das richtige ist. Es sind auch bei uns in der Vorversammlung Bedenken erhoben, dieses Mietsystem zu genehmigen, und da diese Vorlage der Straßenbau für sich allein gemacht hat, und die Hochbauinspektion schon Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht hat, und für die Stadthausanlage die Anlage geprüft hat, so sollte man die ganze Vorlage der Hochbauinspektion überweisen und die Sache heute aussetzen. Ich beantrage also die Aussetzung.

Der Antrag des Herrn Blanke wird genügend unterstützt.

Herr Lampe: Ich möchte den Antrag auch unterstützen, weil die Hochbauinspektion in dieser Angelegenheit besser orientiert ist.

Der Antrag des Herrn Blanke wird angenommen.

Präsident: Ich nehme an, daß wir gleichzeitig die Deputation, Abteilung Straßenbau, eruchen, in Erwägung zu ziehen, ob an Stelle der mietweisen Beschaffung der Anlage ein Ankauf treten soll.

Herr Böttcher: Jawohl.

Nr. VII der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1912:

#### 1. Vorsteherstelle für die Martinischule.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

#### 2. Regulierung des Ansgarikirchhofs.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

#### Zur Geschäftsordnung

Herr Dr. Böhmert: Ich glaube, daß es vielen zweifelhaft gewesen ist, worüber wir eben abgestimmt haben.

Präsident: Herr Dr. Böhmert meint, daß es vielen Herren nicht klar gewesen ist, worüber wir eben abgestimmt haben. Ich habe deutlich gesagt: Diejenigen Herren, die diese Linie festlegen wollen, die von der Deputation vorgeschlagen ist und die der Senat nicht haben will, die bitte ich aufzustehen. Da ist die Mehrheit aufgestanden. (Allseitige Zustimmung.)

#### 3. Ueberschreitung des Titels „Insgemein“ bei den Fonds: 1. Neubau einer zweiten Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen; 2. Hauptfeuerwache, zweiter Bauabschnitt, Wohnung des Brandinspektors.

Die Nachbewilligung wird nachträglich genehmigt.

#### 4. Aenderung der Gebührenordnung für die Verkehrsanstalten und Ladeeinrichtungen am Weserbahnhof.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

#### 5. Ständige Offenhaltung der Tore III und IV am Hafen I des Zollausschlußgebiets.

Herr Kruse: Herr Präsident! Meine geehrten Herren! Tatsächlich mußte es in der letzten Zeit den Anschein erwecken, als ob man bemüht ist, einen Verkehr künstlich zu unterdrücken oder hintanzuhalten. Ich kann nicht verstehen, wie hier im Berichte gesagt werden kann, daß im Freibezirke nach 10 Uhr kein Verkehr ist. Allerdings, wenn die Tore geschlossen sind, dann ist kein Verkehr dort mehr vorhanden, denn, wo kein Weg ist, kann auch kein Verkehr vorhanden sein. Daß dort ein großer Verkehr vorhanden ist, beweist die Weserfähre. Auch damals wurde behauptet, daß ein bedeutender Verkehr dort nicht vorhanden sei. Jetzt hat der Verkehr sich riesig gehoben, so daß man schon jetzt darauf bedacht sein muß, die Fähre des Morgens früher in Betrieb zu stellen und des Abends den Betrieb später wie jetzt einzustellen. Das hat zur Folge, daß man die Tore länger wie jetzt offen halten muß. Der Hauptgrund, der in dem Bericht aufgeführt ist, ist wohl der Kostenpunkt. Da rächt sich wieder der alte Fehler, der gemacht ist bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich, über die Gestaltung des Freigebiets. Hätte man damals dafür gesorgt, daß alle Tore Nacht und Tag auf sein mußten, wie dies in anderen Städten der Fall ist, dann läme der Kostenpunkt für uns nicht in Frage, sondern für das Reich. Dann ist weiter in dem Bericht zu lesen, daß der kleine, zwischen dem Hafen I, der Contrescarpe und der Weser belegene Stadtteil nachts ohne jeden Verkehr ist. Das sind aber die Folgen, daß man alle Verkehrswege von diesem Stadtteile mit der westlichen Vorstadt aufgehoben hat. Hätte man eine Wertverluststeuer, wie man eine Wertzuwachssteuer hat, dann hätte der Staat an dem jetzt von jedem Verkehr abgeschlossenen Stadtteil ziemlich viel Verluststeuer zu zahlen. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß man die Tore III und IV Nacht und Tag geöffnet halten sollte.

Präsident: Ein Antrag ist nicht gestellt. Wir zeigen den Empfang des Berichts dankend an.

#### 6. Antrag, betreffend die Ermäßigung des Gaspreises für Gasmotore.

Herr Schierenbeck: Die Bürgerschaft wird nicht geneigt sein, nach diesem Berichte den Preis des Gases für Motore herabzusetzen. Das ist ganz besonders unangenehm für die Motorbesitzer im Landgebiete,

soweit sie einen höheren Preis zu bezahlen haben wie z. B. in Daching. Die Besitzer von Gasmotoren im Landgebiete werden schwer geschädigt, weil sie nicht konkurrenzfähig bleiben können. Es gibt Besitzer von Motoren, die monatlich 800 und 1000 M an Gas verbrauchen; und ich möchte deshalb die Deputation bitten zu erwägen, ob nicht für diese der Preis herabgesetzt werden kann.

Herr Brasch: Es wird allerdings nach dem Berichte sehr wenig zu machen sein, aber um so unangenehmer berührt es, daß die Deputation diesem Wunsche nicht nachgekommen ist, wo doch die Besitzer von Motoren das Gas früher billiger hatten. Die Gründe sind nicht stichhaltig. Es heißt, die Besitzer von elektrischen Motoren hätten sich vermehrt; aber die Besitzer von Gasmotoren haben wir auch noch. Wenn behauptet wird, daß viele zu den Sauggasmotoren übergegangen sind, so stimmt das, aber wenn gesagt wird, daß sie das Steinkohlengas nur zum Anlassen ihrer Motore gebrauchen und daß dadurch häufig große Schwankungen im Rohre vorkommen, dann reden sie der Bürgerschaft ein kleines Geipenst vor. Und noch heute möchte ich bitten, den Antrag von Herrn Schierenbeck nochmals anzunehmen.

Präsident: Herr Schierenbeck hat gar keinen Antrag gestellt.

Herr Brasch: Dann habe ich es falsch verstanden. Dann nehme ich den Antrag wieder auf.

Präsident: Welchen Antrag?

Herr Brasch: Den Preis für das Kraftgas wieder auf 11 S, festzusetzen, wie er früher gewesen ist.

Herr Nieniets: Als vor mehreren Jahren der Einheitspreis für das Gas festgesetzt wurde, ist auch überlegt worden, ob es noch notwendig sei, für Motore einen besonderen Tarif festzusetzen, wie es früher der Fall war. Damals hat die Bürgerschaft beschlossen, einen Einheitsatz von 13½ S festzusetzen. Ich möchte bitten, es dabei bewenden zu lassen. Der Verbrauch der Gasmotore inklusive des Verbrauchs an Leucht- und Kochgas der Gasmotorenbesitzer beträgt vom ganzen Gaskonsum nur noch zirka 2%, für das Leucht- und Kochgas ist vielleicht 1% abzurechnen, es bleibt also an Verbrauch für die Gasmotore nur ungefähr 1% übrig. Ich halte es nicht für ratsam, für einen so geringen Konsum einen Doppeltarif einzuführen. Früher bestand ein Doppeltarif mit seinen Nachteilen; man hat ihn aufgehoben, und ich möchte Sie bitten, ihn nicht wieder einzuführen, da es sich, wie gesagt, nur um ungefähr 1% des Verbrauchs handelt. Ich bitte Sie, den Antrag Brasch abzulehnen.

Herr Schierenbeck hat ausgeführt, daß die Bewohner des Landgebiets für das Gas mehr bezahlen müßten als die Bewohner der Stadt. Das ist ein Irrtum.

Sämtliche Gaskonsumenten, gleichviel, ob sie auf dem Lande oder in der Stadt wohnen, zahlen einen Grundpreis von 13½ S. Wenn aber eine Landgemeinde angeschlossen werden will, so sind dafür besondere Aufwendungen nötig, und für diese Aufwendungen wird ein Zuschlag erhoben. Wenn eine Landgemeinde darum ersucht, an das Gaswerk angeschlossen zu werden, so weiß sie sehr wohl, daß dafür Extraaufwendungen notwendig sind, und keine Gemeinde sträubt sich, für diese Extrapeien die Amortisation und die Verzinsung aufzubringen. Es wäre ja möglich, daß die Gemeinden als solche die Amortisation und Verzinsung aufbrächten und die einzelnen Gaskonsumenten in der Gemeinde nur 13½ S bezahlten. Für das Gaswerk wäre das dasselbe, aber für die Gemeinden ist es einfacher, wenn es so gemacht wird, wie es jetzt geschieht. Ich bitte nochmals, den Antrag des Herrn Brasch abzulehnen.

Herr Blome: Wir müssen uns in diesem Falle auf den Standpunkt der Deputation stellen. Wir sind gewiß im allgemeinen der Ansicht, daß das Gas billiger werden muß, unbekümmert darum, ob der Konsum zurückgeht oder nicht. Das ist eine natürliche Erscheinung, denn sobald sich eine Konkurrenz einstellt, die sich besser bewährt, wird der Konsum zurückgehen. So ist es hier bei Gas kontra Elektrizität. Der Gaskonsum wird weiter sinken. Das darf uns aber nicht abhalten, das Gas im allgemeinen zu verbilligen. Aber in diesem Falle handelt es sich darum, einer einzelnen kleinen Gruppe von Konsumenten einen Vorzug zu geben. Dafür sind wir nicht zu haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es einer kleinen Gruppe nicht vergönnt werden darf, von einer Einrichtung der Allgemeinheit einen Extraprofit zu profitieren.

Was die Sache mit den Landgemeinden betrifft, so stehen wir auf dem Standpunkt und haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der Landbevölkerung das Gas zu demselben Preise geliefert werden muß als der Stadtbevölkerung, weil sie ebensogut sind wie diese. Herr Nieniets hat ein Rechenexempel konstruiert, das aber durchaus nicht stichhaltig ist, durchaus nicht. Wenn man eine Ware umsetzen will, muß man den Leuten Gelegenheit geben, sie entnehmen zu können, und wenn man den Landgemeinden Gas liefern will, muß man dafür eine Zuwegung schaffen. Herr Nieniets sagt, daß sich die Landgemeinden mit den Verträgen einverstanden erklärt hätten. Ja, in der Not frißt der Teufel Fliegen, und wenn sie etwas haben wollen, dann müssen sie die Bedingungen annehmen. Aber das ist vom Standpunkt eines Staatsmanns nicht richtig gehandelt. Ich bin der Meinung, daß der Landbevölkerung das Gas zu demselben Preise geliefert werden muß wie der Stadtgemeinde. Im übrigen sind wir mit der Vorlage der Deputation einverstanden, weil wir nicht einsehen können, daß einzelne Leute einen Extraprofit haben sollen.

Herr Brasch: Die Ausführungen des Herrn Blome möchte ich nicht unwidersprochen lassen. Wenn Herr Blome sagt, daß einer kleinen Gruppe Zugeständnisse gemacht werden sollen, so erinnere ich daran, daß, als seinerzeit der Antrag gestellt wurde, daß den Landbewohnern das Gas billiger gegeben werden sollte, Herr Blome die Courage hatte, dafür zu stimmen. (Zuruf von links: Nicht billiger, nur zu dem Preise wie für die Stadt!) Da wundert es mich, daß er jetzt diesen Antrag bekämpft. Herr Blome hat wohl unter den Gasmotorenbesitzern keine Freunde, sonst würde er nicht dagegen sprechen. Als der Einheitspreis eingeführt wurde, bedeutete das eine kolossale Härte für die Handwerker. Und es handelt sich nicht allein um Gas, sondern auch der Wasserpreis ist erhöht, früher kostete es 12, jetzt 19  $\mathcal{L}$ . Wenn nun der Gaspreis für sie herabgesetzt wird, was bringt das für den Staat? Eine ganz kleine Summe, aber für den einzelnen Besitzer von Motoren ist das ein ganz erheblicher Betrag im Jahre. Die kleine Umrechnung der Differenz bei der Verwaltung macht doch sehr wenig Arbeit. Ich bitte Sie, den Antrag auf 11  $\mathcal{L}$  anzunehmen.

Herr Dr. Feldmann: Wenn sich heute ein Handwerker einen Motor zulegt, dann wird er selbstverständlich in erster Linie einen elektrischen Motor nehmen wegen der Bequemlichkeit und des im allgemeinen billigen Preises. Etwas anderes ist es aber für diejenigen Handwerker, die bereits einen Gasmotor besitzen. Nun ist der Konsum des Kraftgases allerdings minimal, Herr Rienitz hat ausgeführt, daß ungefähr nur 1% in Frage kommt. Es ist also sowohl für die Verwaltung der Erleuchtungs- und Wasserwerke wie im allgemeinen für die Bürgerschaft ziemlich gleichgültig, ob das Kraftgas ein paar Pfennig höher oder niedriger bezahlt wird. Aber ich möchte daran erinnern, weshalb überhaupt der Preis für Kraftgas früher so niedrig im Verhältnis festgesetzt ist. Wir hatten früher verschiedene Preise für Gas: den Tageskonsumenten wurde es billiger abgegeben als denen, die das Gas in den Abendstunden brauchten. Das war der Grund, weshalb für Kochgas ein niedrigerer Preis festgesetzt war als für Leuchtgas. Ganz anders aber hat es gelegen, als man den Preis für das Kraftgas bestimmte: da hat man direkt ausgesprochen, man wolle den Handwerkern einen Vorteil zuwenden, den Gewerbetreibenden, die für ihren Motorbetrieb Gas verwenden, ein billiges Mittel geben. Die Bürgerschaft muß wissen, ob sie an diesem Grundsatz heute noch festhalten will. Wenn sie heute noch der Meinung ist, daß der Gaspreis für Motore ein niedrigerer sein soll, um das Handwerk zu unterstützen, dann muß sie den Antrag Brasch annehmen. Darüber muß sich die Bürgerschaft klar sein.

Herr Krome: Herr Präsident! Meine Herren! Von Herrn Dr. Feldmann ist zum Teil schon aus-

geführt, was ich sagen wollte. Der billige Gaspreis für Motore ist seinerzeit eingeführt, um die Handwerker konkurrenzfähig gegenüber Großbetrieben zu machen. Man hat dann den Einheitspreis eingeführt. Aber so, wie die Deputation es darstellt, liegt es doch nicht ganz. Mit elektrischen Motoren wird vor allem dort gearbeitet, wo nur auf kurze Zeit und mit Unterbrechungen am Tage gearbeitet werden muß, hingegen wird an Gasmotoren immer noch festgehalten, wenn es sich um einen ununterbrochenen Betrieb am ganzen Tage handelt, wo der Motor den ganzen Tag von früh morgens bis Feierabend ununterbrochen läuft. Das ist besonders in Holzbearbeitungsgeschäften der Fall, die so wie so schon unter der Konkurrenz von Berliner Fabriken, die in dieser Branche sehr billig anbieten, zu leiden haben. Man könnte ja eine andere Form finden, man könnte diesen Geschäften, die viel Gas verbrauchen, durch einen Rabatt entgegenkommen. Das wäre ein Ausweg, den die Deputation einmal beesehen könnte. Ich möchte bitten, daß die Deputation das noch einmal erwägt, und bitte Sie, den Antrag Brasch anzunehmen.

Herr Blome: Ich wollte Herrn Brasch nur erklären, daß er eine irrtümliche Auffassung hat. Wir haben noch niemals anders geredet als heute in bezug auf den Gaspreis, und wenn Herr Brasch sagt, wir wollten, daß den Landgemeinden das Gas billiger geliefert werde, so ist das niemals der Fall gewesen. Wir haben nur gesagt, daß der Landbevölkerung das Gas zu demselben Preise geliefert werde wie den Stadtbewohnern.

Herr Rienitz: In bezug auf den Gaspreis für die Landgemeinden möchte ich noch bemerken, daß das Gaswerk den Preis stets so niedrig wie möglich bemessen hat. Ich erinnere daran, daß für Huchting ein Preis von 18  $\mathcal{L}$  festgesetzt war, nachdem der Konsum sich aber etwas gehoben hat, hat die Deputation von selbst beantragt, den Preis auf 16  $\mathcal{L}$  zu ermäßigen. Dagegen hat die Gemeinde Gramble einen Vertrag mit dem Gaswerk in Lesum abgeschlossen und bezahlt 20  $\mathcal{L}$ .

Was das Gas für Motore anlangt, so handelt es sich, wie gesagt, nur um ungefähr 1% des ganzen Konsums, und dafür einen Doppeltarif einzuführen, ist nicht ratsam. Ein Doppeltarif ist für die Verwaltung mit großen Umständen und Kosten verknüpft. Ich möchte Sie bitten, den Antrag des Herrn Brasch abzulehnen, zumal die Gasmotore auf dem Aussterbetat stehen. Hier schafft kein Mensch mehr solche an, sondern nur noch Elektromotore.

Der Antrag Brasch wird abgelehnt.

Präsident: Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

Nr. VIII der Tagesordnung:

**Antrag, betreffend Fährverbindung zwischen der Weserwerft und Rablinghausen-Lanfenau.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, zwischen der Weserwerft und Rablinghausen-Lanfenau eine Fährdampfer- oder Schwebefährverbindung einzurichten.

Herr Voigt: Da es sich nur um einen Bericht handelt, kann ich mich kurz fassen. In Anbetracht dessen, daß hunderte von Arbeitern auf der Weserwerft arbeiten und gezwungen sind, sich mit Bötten über die Weser setzen zu lassen, oder aber einen großen Umweg zu machen, meine ich, wäre es an der Zeit, daß hier vom Staat aus Gelegenheit geschaffen und eine Fährverbindung hergestellt würde. Wenn man bedenkt, daß es bei Eisgang oder hohem Wasser unmöglich ist, daß die Leute mit kleinen Ruderböten über die Weser kommen, und dann gezwungen sind, einen Umweg von einigen Stunden zu machen, sie müssen des Morgens um  $\frac{1}{4}$  oder noch früher aufstehen, um nach dem Arbeitsplatz gelangen zu können, wäre es Pflicht des Staates, eine Fährverbindung zu schaffen. Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. IX der Tagesordnung:

**Antrag, betreffend Straßenbahn Wachmannstraße—Schwachhauser-Ring bis Park-Allee.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Straßenbahn mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, eine Verlängerung der elektrischen Straßenbahn, von der Wachmannstraße durch die Benquestraße, Hartwigstraße, Schwachhauser-Ring bis zur Park-Allee, herbeizuführen.

Herr Müller: Herr Präsident! Meine Herren! Durch die Einstellung des Betriebes der gleislosen Bahn sind die Bewohner des äußeren Parkviertels und auch die Besucher des hinteren Bürgerparks in die größte Verlegenheit gekommen. Man hat ihnen jegliche Gelegenheit zum Fahren genommen. Nun ist zwar im vorigen Jahre die Linie 7 von der Kaiser-Friedrichstraße bis zur Schubertstraße ausgebaut, aber die Bewohner des äußeren Parkviertels haben davon keinen Vorteil. (Lebhafter Widerspruch.) Ja, einen Vorteil haben nur die Leute, die bis zur Schubertstraße wohnen, die paar Anwohner der Wachmannstraße und der von ihr bis zur Schubertstraße abgehenden Straßen, der Lürman-, Rembrandt- und Altmannstraße. Wie notwendig aber eine Bahnverbindung nach dem äußeren Parkviertel ist, geht

daraus hervor, daß die gleislose Bahn im Jahre 1911 300 000 Personen befördert hat. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Verbindung eine bessere gewesen wäre, wenn sie nicht einen so klunglichen Betrieb gehabt hätte, oder wenn es möglich gewesen wäre, Anhängerwagen anzubringen, was ja aus technischen Gründen nicht möglich gewesen ist, dann wäre die Zahl der beförderten Personen noch bedeutend größer gewesen. Seinerzeit ist von der Polizeidirektion der große Fehler gemacht worden, daß sie diese Bahn ohne Befragen der Bürgerschaft konzessioniert hat. Die Polizeidirektion scheint das wieder gutmachen zu wollen, indem sie einer neuen Gesellschaft keine Konzession erteilen will. Wäre dies Versuchskarnickel nicht gekommen, ich bin fest überzeugt, daß wir mit der Straßenbahn nach dem äußeren Parkviertel schon bedeutend weiter gekommen wären. Herr Nicolaus beantragte im Jahre 1904, als die Bürgerschaft über die Vorlage wegen des Ausbaus der Straßen über den Herdentorsfriedhof und über die Anlage einer Straßenbahn vom Bahnhof nach der Park-Allee verhandelte, daß diese Strecke gleich weiter gebaut werden möge, die Park-Allee hinunter bis zur Benquestraße. Dieser Antrag wurde mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, daß das Viertel jenseits der Holler-Allee noch nicht genügend bebaut sei. Nun, seit 1904 hat die Gegend einen kolossalen Aufschwung in der Bautätigkeit zu verzeichnen, die Verhältnisse haben sich gewaltig geändert. Auch der verstorbene Herr Georg Schütte hat am 5. Juni 1907, als er für einen Antrag des jetzigen Herrn Senators Nassow eintrat, sich für eine Straßenbahn längs der Park-Allee ausgesprochen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß diese Linie die richtigste wäre. Ich habe aber bei verschiedenen Behörden Erkundigungen eingezogen und muß sagen, daß diese Strecke aussichtslos ist. Darum habe ich den heutigen Antrag gestellt, die Linie von der jetzigen Endstation an der Schubertstraße durch die Benquestraße, Hartwigstraße bis zur Ringstraße und dann auf dem Schwachhauser-Ring bis zur Park-Allee zu legen. Herr Präsident! Meine Herren! Die Straßen von der Park-Allee ab bis zur Ringstraße sind alle voll bebaut, und es kann von keinem gesagt werden, daß eine Bahn dort nicht notwendig wäre. Aber auch für die Besucher des hinteren Bürgerparks muß gesorgt werden. Von Angestellten des Bürgerparks ist mir gesagt worden, daß in der Zeit, wo die gleislose Bahn betrieben wurde, der Verkehr im hinteren Bürgerpark größer gewesen ist als sonst. Und ich weiß bestimmt, sollte die Straßenbahngesellschaft, was ich hoffe, die Forderung bewilligen, sollte die Bahn gelegt werden, so gebaut werden, das für die Straßenbahn gewiß nicht das schlechteste Geschäft sein wird. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Bürgerschaft, weil es sich nur um einen Bericht handelt, den Antrag mit großer Majorität annehmen wird.

Herr Lauts: Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe anlässlich dieses Antrages und an der Hand des Bebauungsplanes, der für die dortige Stadtgegend in Vorbereitung ist, mit Herrn Direktor Schackow die Sache besprochen und möchte den Herrn Antragsteller bitten, in seinem Antrage davon abzusehen, daß die Bahn durch den Schwachhauser-Ring bis zur Park-Allee geht. Wir müssen uns mit den Straßenbahnlinien nach dem allgemeinen Bebauungsplan der Vorstadt richten, und es ist unmöglich, jetzt eine Linie festzulegen, die nachher, wenn weitergebaut wird, wieder geändert werden müßte. Das Stück auf dem Ring bis zur Park-Allee muß fallen, um das ganze Projekt zur Ausführung zu bringen. Ich habe darüber auch schon mit Herrn Müller gesprochen. Dieses kleine Stück hat auch keinen großen Wert. Wenn das Viertel später weiter ausgebaut wird, muß dieser Teil der Straßenbahn bis zum Eisenbahndamm durchgeführt und später eine weitere Abzweigung nach rechts durchgeführt werden, dann hat die Gegend zwischen Park-Allee und Schwachhauser-Chaussée zwei Linien, die, wenn diese Linie weiter ausgebaut ist, den ganzen Bezirk so einteilen, daß die weiteste Entfernung von jedem Punkte nach der Straßenbahn ungefähr die gleiche ist. Ich empfehle Herrn Müller also, seinen Antrag dahin abzuändern, daß die Bahn nur bis zum Schwachhauser-Ring geht, aber nicht bis zur Park-Allee. Ich kann erklären, daß seitens der Straßenbahn grundsätzliche Bedenken nicht vorliegen, die Linie bis zum Schwachhauser-Ring zu bauen.

Herr Müller: Nach den Ausführungen des Herrn Lauts bin ich damit einverstanden, daß in meinem Antrage die Worte „bis zur Park-Allee“ gestrichen werden, so daß der Antrag dahin geht,

— eine Verlängerung der Straßenbahn von der Wachmannstraße durch die Benquestraße und Hartwigstraße bis zum Schwachhauser-Ring herbeizuführen.

Herr Wuppesahl: Ich kann mit dem Antrage des Herrn Müller völlig einverstanden sein, mache aber darauf aufmerksam, daß es doch nicht richtig ist, wenn Herr Müller sagt, daß die Ausdehnung der Straßenbahn auf der Wachmannstraße keine wesentliche Verbesserung für die Anwohner zur Folge gehabt habe. Ich möchte darauf hinweisen, daß sich der Verkehr auf dieser Strecke mindestens verdreifacht hat gegen den Verkehr, der vorher war. Das hat doch den Beweis erbracht, daß diese Verlängerung für das Viertel richtig war. Auch die Fortsetzung dieser Bahn ist aufs höchste erwünscht. Aber ich möchte bitten, daß Herr Müller in seinen Antrag das Wort „zweigleisig“ aufnimmt. Die Schwierigkeiten bei der Bahn liegen darin, daß die Verlängerung nicht zweigleisig ist und sich dadurch Betriebsstörungen und Unan-

nehmlichkeiten für das Publikum ergeben. Wir werden den Antrag Müller in der Straßenbahndeputation gern unterstützen, ich möchte aber Herrn Müller bitten, in seinen Antrag das Wort „zweigleisig“ aufzunehmen. (Herr Garbes: Stellen Sie doch das Amendement!) Ich stelle das Amendement.

Präsident: Herr Wuppesahl. Wollen Sie den Antrag stellen?

Herr Wuppesahl: Wenn Herr Müller es nicht aufnimmt, stelle ich das Amendement daß diese Strecke zweigleisig angelegt wird.

Das Amendement wird genügend unterstützt.

Präsident: Herr Müller, wollen Sie dies in Ihren Antrag aufnehmen?

Herr Müller: Ja.

Herr Junge: Ich bin der Meinung, daß es heute nicht darauf ankommt, die Einzelheiten festzulegen. Es soll ja erst ein Bericht gefordert werden. Es sind auch in den verschiedenen Blättern derartige Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, daß man sich noch gar nicht klar darüber werden kann, welches der geeignetste Weg für die Linie ist. Ich meine deshalb, wir sollten den Bericht abwarten, ob man überhaupt geneigt ist, eine derartige Verlängerung zu machen. Das beste wäre es, die Sache mit an die Kommission zu verweisen, die heute abend wegen der Straßenbahn gewählt ist, und sie mit einer näheren Prüfung darüber zu betrauen, und zwar aus dem einfachen Grund, damit die ganze Geschichte einen Zusammenhang bekommt. Sobald die andere Linie einen andern Weg macht und hier herumschwenkt bis nach dem Parkbahnhof usw., so läßt sich die Sache damit vielleicht in eine günstige Verbindung bringen. Ich würde zunächst nur für einen Bericht stimmen, aber möchte die Frage noch nicht entschieden wissen, wie die Linie laufen soll, da man darüber verschiedener Meinung sein kann.

Herr Lauts: Wir sollten die Sache mit möglichst wenig Zeitverlust erledigen und nicht auf dem langen Wege, den Herr Junge vorschlägt. Die Straßenbahn ist bereit, die Linie zu legen, nur nicht auf der Strecke vom Schwachhauser-Ring bis zur Park-Allee. Ich möchte aber Herrn Wuppesahl bitten, nicht auf Zweigleisigkeit zu bestehen, da damit hohe Pflasterkosten verbunden wären. Sobald die Bahn zweigleisig wird, muß die ganze Straße umgepflastert werden, während sonst rechts und links ungefähr 2 m Fußweg bleiben können. Es genügt aber zunächst wohl, die Bahn eingleisig herzustellen und mit den nötigen Ausweichstellen zu versehen. Ich möchte bitten, die

Frage der Behörde zu überlassen, die Zweigleisigkeit aber nicht als Bedingung hinzustellen.

Herr Müller: Nur wenige Worte. Ich möchte betonen, daß ich die Sache doch anders ansehe, als Herr Junge, und finde, daß dieses eine Sache ganz für sich ist. Ich bitte, nicht den Antrag von Herrn Junge anzunehmen.

Präsident: Herr Junge hat gar keinen Antrag gestellt; es liegt nur ein Antrag vor.

Herr Müller: Dann erwähnte Herr Wuppesahl, daß der Verkehr größer sei. Das ist richtig; die Wagen fahren besetzt bis zur Endstation, und wer sind die Passagiere? Das sind die Bewohner aus dem Parkviertel, und ebenso ist es umgekehrt von der Endstation in der Schubertstraße aus. Es kommt hinzu, daß die Straßenbahndirektion das auch eingesehen hat und daß sie deshalb Anhängewagen laufen läßt. Und auch diese sind vollbesetzt, resp. kommen vollbesetzt dort an. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, wie der Herr Präsident ihn verlesen hat.

Der Antrag Müller wird in der abgeänderten Form angenommen.

Nr. X der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 6. Februar 1912:

#### 1. Wahl eines Mitgliedes des Landgerichts.

Präsident: Der Wahlaussatz des Bürgeramts lautet:

- |                   |                  |
|-------------------|------------------|
| 1. A. Brauns,     | 4. Max Böttcher, |
| 2. W. Haas,       | 5. Th. Heinken,  |
| 3. F. Hessemeyer, | 6. S. Lahusen.   |

Herr Notar Tebelmann: Ich beantrage, die drei erstgenannten Herren per Akklamation zu wählen.

Präsident: Ich wollte fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden?

Herr Blome schlägt vor: 7. Rhein.

Präsident: Eine Wahl durch Akklamation ist auch gesetzlich nicht zulässig.

Es erhalten Stimmen: 1: 98, 2: 96, 3: 85, 4: 6, 5: 9, 6: 9, 7: 27.

Präsident: Gewählt sind die Herren unter 1—3. — Der Wahlaussatz des Bürgeramts für die Stellvertreter lautet:

1. Fritz Pappier,
2. Bruns.

Gewählt wird Herr Pappier.

#### 2. Neue Straßenlinie für die Klosterstraße und einen Teil der Balgebrückstraße sowie Anlauf des Grundstücks Klosterstraße Nr. 17.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

#### Ergänzung (durch Klasse 4):

- a) der Deputation wegen der Hilfskräfte des Senats.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Rhein,
2. Böttcher.

Herr Blome schlägt vor: Donath.

Gewählt: Herr Donath.

- b) der Deputation wegen einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Stögen,
2. Beenecken.

Gewählt: Herr Stögen.

Nr. V der Tagesordnung:

#### Ergänzung (durch Klasse 4):

- a) der Baudeputation.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Davin,
2. Heinken.

Weitere Vorschläge machen:

Herr Blome: 3. Rose.

Herr Garde: 4. Stichnath.

Gewählt: Herr Stichnath.

- b) der Deputation für die Stadterweiterung.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. D. Lampe,
2. Bohnenkamp.

Weitere Vorschläge machen:

Herr Dr. Böhmert: 3. Bley.

Herr Garde: 4. Davin.

Gewählt: Herr Davin.

c) der Deputation wegen des Neubaus des  
Stadthauses.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Böttcher,
2. Kohns.

Weitere Vorschläge machen:

Herr Dr. Böhmert: 3. Hagemann.

Herr Blome: 4. Roje.

Gewählt: Herr Böttcher.

d) der Deputation wegen Bauten an  
Koppelwegen.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Knief,
2. Müller.

Herr Garde schlägt vor: 3. Kalmś.

Gewählt: Herr Kalmś.

e) der Deputation wegen Umlegung von  
Grundstücken.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Heinken,
2. Knief.

Weitere Vorschläge:

Herr Blome: 3. Schröder.

Herr Tegtmeyer: 4. Dr. Böhmert.

Gewählt: Herr Knief.

f) der Deputation wegen der Bremer  
Straßenbahn.

Vorschläge des Bürgeramts:

1. Brauns,
2. Schröder.

Weitere Vorschläge machen:

Herr Garde: 3. Bohnenkamp.

Herr Dr. Böhmert: 4. Sanders.

Herr Blome: 5. Wellmann.

Gewählt: Herr Bohnenkamp.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr 40 Minuten.